



# Zusammenfassung der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens vom 18. April 2012 bis zum 8. August 2012 über den Entwurf

zu Änderungen der Asylverordnung 2 über  
Finanzierungsfragen (AsylV 2), der Verordnung über die  
Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA)  
und der Verordnung über den Vollzug der Weg- und  
Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)

## Inhaltsverzeichnis

<b>I Allgemeiner Teil</b> .....	<b>3</b>
1. Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse .....	3
1.1. Ausgangslage.....	3
1.2. Vorgehen bei der Auswertung der Stellungnahmen.....	3
1.3. Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse zu Änderungen der AsylV 2, der VIntA und der VVWA .....	4
1.3.1 Allgemeine Bemerkungen .....	4
1.3.2 Wichtigste Bemerkungen zu der Anpassung des Finanzierungssystems im Sozialhilfebereich .....	5
1.3.3 Wichtigste Bemerkungen zu den Änderungen im Rückkehr- und Rückkehrhilfebereich	8
2. Verzeichnis der Eingaben .....	10
<b>II Besonderer Teil</b> .....	<b>12</b>
1. Änderungen der AsylV 2 im Bereich der Subventionierung der Sozialhilfe, insbesondere Einführung eines neuen Finanzierungssystems.....	12
1.1 Artikel 5 : Auszahlungsverfahren.....	12
1.2 Artikel 20 : Dauer der Kostenerstattungspflicht .....	12
1.3 Artikel 22 : Höhe und Anpassung der Globalpauschale .....	13
1.4 Artikel 23 : Berechnung des Gesamtbetrages.....	14
1.5 Artikel 23a : Sockelbeitrag an Betreuungskosten.....	15
1.6 Artikel 24 : Dauer der Kostenerstattungspflicht .....	15
1.7 Artikel 26 : Höhe und Anpassung der Globalpauschale .....	16
1.8 Artikel 27 : Berechnung des Gesamtbetrages.....	17
2. Änderungen der Asylverordnung 3 (AsylV 3) .....	18
2.1 Artikel 1e : Datenbank Finanzierung Asyl (Finasi) .....	18
3. Änderungen der AsylV 2 im Bereich Rückkehr und Rückkehrhilfe .....	18
3.1 Artikel 58 : Kosten für die Begleitung .....	18
3.2 Artikel 59 : Vergütbare Kosten .....	19
3.3 Artikel 59a : Reisegeld .....	19
3.4 Artikel 59a <sup>bis</sup> : Ausreisegeld (neu) .....	21
3.5 Artikel 59a <sup>ter</sup> : Ausreisegespräch (neu).....	23
3.6 Artikel 68a : Bundesbeiträge für Zusatzaufgaben .....	24
3.7 Artikel 74 : Ausrichtung .....	25
3.8 Artikel 74a : Verhältnis zu den Ausreisekosten .....	26
3.9 Artikel 76 : Ausreise in einen Drittstaat .....	27
3.10 Artikel 76a : Ausreise in einen visumsbefreiten Staat (neu).....	27
4. Änderung der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) .....	28
4.1 Artikel 18 : Integrationspauschale .....	28
5. Änderung der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA) .....	29
5.1 Artikel 11 : Flughafendienst und Dienstleistungen am Flughafen .....	29
5.2 Artikel 15 : Beteiligung an den Haftkosten .....	30
5.3 Artikel 15a : Datenerhebung im Bereich der Zwangsmassnahmen .....	31
6. Übergangsbestimmungen der AsylV2.....	32
7. Inkrafttreten der Änderung der AsylV2, der VIntA und der VVWA .....	33

# I Allgemeiner Teil

## 1. Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse

### 1.1. Ausgangslage

Die am 1. Januar 2008 eingeführte Finanzierung der Sozialhilfe und der Integration mit Globalpauschalen hat in der Praxis teilweise zu Fehlanreizen bei der beruflichen Integration geführt. Diese Fehlanreize gilt es mit der geplanten Verordnungsänderung zu beseitigen.

Im Bereich der Rückkehr drängte sich die Überprüfung der den Kantonen für Ihre Aufwendungen vergüteten Pauschalen sowie deren teilweise Neuregelung auf. Weiter soll auf Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates die Verwirklichung der Kindesrechte von in Administrativhaft versetzten Minderjährigen dahingehend bestärkt werden, dass künftig schweizweit Angaben über die Rechtsvertretung und Verbeiständung gesammelt werden.

Im Interesse eines beschleunigten Wegweisungsvollzugs soll ausserdem neu die Möglichkeit geschaffen werden, Personen in Administrativhaft ein erhöhtes Reisegeld auszurichten, wenn sie sich im Rahmen eines Ausreisegesprächs zur selbständigen Ausreise bereit erklären. Darüber hinaus soll der Bund in Einzelfällen, bei denen der Vollzug der Wegweisung blockiert ist, den betroffenen Personen unter bestimmten Voraussetzungen ein Ausreisegeld auszahlen können.

Der bei der letzten Änderung der Asylverordnung 2 vom 24. Oktober 2007 über Finanzierungsfragen<sup>1</sup> vollzogene Richtungswechsel bei der Rückkehrhilfe, weg von der reinen Barauszahlung, diente der Qualität und Visibilität sowie einer wirksamen Mittelverwendung. Das bestehende Angebot der individuellen Rückkehrhilfe mit der Kombination eines Pauschalbetrages und einer auf die persönlichen Bedürfnisse angepassten, in den Herkunftsstaaten umgesetzten Zusatzhilfe hat sich bewährt. Grundsätzlich soll dieser Weg weiter beschritten werden. Die wichtigste Anpassung sieht eine grössere Flexibilität bei schwierigen Fallkonstellationen vor. Fehlen Unterkunft und Einkommen im Herkunftsland, soll zur Lösung *beider* Probleme beigetragen, statt wie bisher wahlweise *ein* Problem angegangen werden.

Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 18. April 2012 das EJPD ermächtigt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den weiteren interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Vom 18. April 2012 bis zum 8. August 2012 fand eine Vernehmlassung zu den Änderungen der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2), der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) und der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA) statt. Insgesamt wurden 47 Stellungnahmen eingereicht (davon 26 Kantone; 4 politische Parteien sowie 17 weitere interessierte Kreise wie z.B. SODK, VKM, EKM, Caritas, SFH, Sosp, SRK, UNHCR).

### 1.2. Vorgehen bei der Auswertung der Stellungnahmen

Haben die Vernehmlassungsadressaten eine Stellungnahme eingereicht, sich aber nicht zu allen Änderungsvorschlägen geäußert, wird dies als Zustimmung gewertet. Wird lediglich zu einem oder zwei Änderungsvorschlägen Bezug genommen, wird die Stellungnahme bei den übrigen Änderungsvorschlägen unter der Rubrik „keine Bemerkungen“ aufgeführt. Wenn die Vernehmlassungsadressaten ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet haben, wird dies unter der nachfolgenden Ziffer 2 (Verzeichnis der Eingaben) aufgeführt.

---

<sup>1</sup> AS 2007 5585

### 1.3. Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse zu Änderungen der AsylV 2, der VIntA und der VVWA

#### 1.3.1 Allgemeine Bemerkungen

Die nachfolgende Tabelle vermittelt vorab einen schematischen Überblick über die Positionen der Vernehmlasser.

In der Linie „**Einverstanden**“ werden diejenigen Vernehmlasser aufgeführt, die mit den Änderungen einverstanden sind. Es sind dies im Subventionsbereich 7 Kantone, 2 Parteien und 6 weitere Organisationen. Im Rückkehrbereich sind es 17 Kantone, 2 Parteien und 14 weitere Organisationen.

In der Linie „**Grundsätzlich einverstanden mit Vorbehalten**“ werden diejenigen Vernehmlasser aufgeführt, welche die Vorlagen zwar gutheissen, bezüglich einzelner Punkte aber Vorbehalte anbringen. Zum Beispiel heissen sie die Vorlagen unter dem Vorbehalt, dass sie kostenneutral ist oder dass es zu keiner Lastenverschiebung vom Bund auf die Kantone kommt, gut. Zu dieser Kategorie gehören im Subventionsbereich 11 Kantone, 2 Parteien und 7 weitere Organisationen. Im Rückkehrbereich sind es 9 Kantone, 1 Partei sowie 1 weitere Organisation. Die Vorbehalte richten sich insbesondere gegen die Ausrichtung des Ausreisegeldes und gegen die zu tief angesetzte Haftkostenpauschale bei den Administrativhaftplätzen.

In der Linie „**Grundlegende Einwände oder Ablehnung**“ werden diejenigen Vernehmlasser aufgeführt, welche die Änderungen aus verschiedenen Gründen ablehnen. Im Subventionsbereich sind dies 8 Kantone und 3 weitere Organisationen. Im Rückkehrbereich sind dies 1 Partei sowie 1 weitere Organisation.

Zusammenfassend kann somit gesagt werden, dass im **Subventionsbereich** 35 der 47 Vernehmlasser grundsätzlich mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden sind. Gegen das neue Finanzierungssystem haben sich die welschen Kantone (ohne Wallis) sowie Bern, Tessin und Zug ausgesprochen. Im **Rückkehrbereich** stimmen 45 der 47 Vernehmlasser den Änderungen im Rückkehr- und Rückkehrhilfebereich zu. Die SVP und die Vereinigung „Solidarité sans frontières“ lehnen die vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich ab.

#### Gesamtübersicht

Subventionsbereich (AsylV2, AsylV3, VIntA)	Kantone	Politische Parteien	Weitere Organisationen
<b>Einverstanden</b>	GL, GR, NW, OW, TG, UR, VS	MCR, SP	CP, EKM, FMH, SODK, SRK, TS
<b>Grundsätzlich einverstanden mit Vorbehalt</b>	AG, AI, AR, BL, BS, LU, SG, SH, SO, SZ, ZH,	FDP, SVP	Caritas, chgemeinden, FIMM, SFH, SGV, SSV, UNHCR
<b>Grundlegende Einwände oder Ablehnung</b>	BE, FR, GE, JU, NE, TI, VD, ZG		SGB, Sosp, VKM
<b>Keine Bemerkungen</b>			IOM
<b>Expliziter Verzicht auf Stellungnahme</b>			Schweizerischer Arbeitgeberverband / Schweizerische Konferenz der kantonalen

			Erziehungsdirektoren / Kaufmännischer Verband Schweiz
<b>Rückkehr- und Rückkehrhilfebereich (AsylIV2, VVWA)</b>	<b>Kantone</b>	<b>Politische Parteien</b>	<b>Weitere Organisationen</b>
<b>Einverstanden</b>	BE, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, SG SH, SZ, TI, VD, VS, ZG	FDP, SP	Caritas, CP, EKM, FIMM, FMH, IOM, SFH, SGB, SGV SRK, SSV, TS, UNHCR, VKM
<b>Grundsätzlich einverstanden mit Vorbehalt (insbesondere Reisegeld und Ausreisegeld)</b>	AG, AI, AR, BL, OW, SO, TG, UR, ZH	MCR	chgemeinden
<b>Grundlegende Einwände oder Ablehnung</b>		SVP	Sosf
<b>Keine Bemerkungen</b>			SODK
<b>Expliziter Verzicht auf Stellungnahme</b>			Schweizerischer Arbeitgeberverband / Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren / Kaufmännischer Verband Schweiz

### 1.3.2 Wichtigste Bemerkungen zu der Anpassung des Finanzierungssystems im Sozialhilfebereich

#### a) Zustimmung

**GL, GR, NW, OW, TG, UR, VS, MCR, SP, CP, EKM, FMH, SODK, SRK, TS, UNHCR:** begrüßen das neue Finanzierungssystem.

#### b) Zustimmung unter Vorbehalt der Kostenneutralität / Tauglichkeit

**AR, BL, BS, LU, SG, SH, SO, SZ, ZH, FDP, SVP, chgemeinden, SGV, SSV:** begrüßen das neue Finanzierungssystem unter dem Vorbehalt der Kostenneutralität, d.h. es darf nicht zu einer Kostenverlagerung vom Bund auf die Kantone führen.

**AG, AI, SH, Caritas:** begrüßen die Zielsetzung des neuen Finanzierungssystems, bezweifeln jedoch die Tauglichkeit für die Zielerreichung.

#### c) Ablehnung

**TI, ZG, VKM:** lehnen das neue Finanzierungssystem ab, da die Berechnungen des BFM betreffend Kostenneutralität der Änderung des Subventionierungssystems sich nicht (schlüssig) nachvollziehen lassen.

**BE:** lehnt das neue Finanzierungssystem ab, da es keine nachhaltige Integration der betroffenen Personen bringt (materielle Begründung dazu vgl. unter lit. e).

**FR, GE, JU, NE, TI, VD:** lehnen das neue Finanzierungssystem (GP 1 und/oder 2)<sup>2</sup> ab, da es die sozioökonomischen und arbeitsmarktlichen Unterschiede zwischen den Kantonen zu wenig berücksichtigt, die Unterschiede zwischen den Kantonen hinsichtlich Deckungsgrad

<sup>2</sup> **GP 1** : Globalpauschale für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen; **GP 2** : Globalpauschale für Flüchtlinge.

der Bundessubventionen für die Sozialhilfekosten verstärkt und dem Kanton eine signifikante Verminderung der Bundessubventionen verursacht. Zudem ist es nicht kostenneutral.

#### d) Faktor W

**AR, BS, FR, GE, GR, JU, LU, NE, OW, SG, SH, SO, UR, VD, ZH, SODK, VKM, FDP, Caritas, chgemeinden, CP, SFH:** begrüßen die Streichung des Faktors W.

#### e) Anreiz Integration Arbeitsmarkt

**AG, AI, AR, FR, GR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, UR, VS, FDP, SP, SVP, SODK, chgemeinden, EKM, TS, Sosp, UNHCR, VKM:** begrüßen den finanziellen Anreiz für die Arbeitsmarktintegration.

**BE, Caritas, FIMM, SFH, SSV:** lehnen die Priorisierung der Förderung der Erwerbsintegration ab, da sie keine nachhaltige Integration der betroffenen Personen, sondern nur eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt bezweckt. Die Integration in den Arbeitsmarkt hängt zudem von vielen externen Faktoren ab, die die Kantone tendenziell nicht beeinflussen können.

**AG, SGB:** sind der Meinung dass die Wirtschaftslage (AG) bzw. die spezielle Situation auf dem Arbeitsmarkt für Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen und nicht ein Anreizsystem darüber entscheidet, ob Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen eine Stelle finden.

**SP, UNHCR, Caritas, Sosp, FIMM:** schlagen vor, dass die Asylsuchenden im Erwerbsalter auch vom neuen Anreizsystem (Integration in den Arbeitsmarkt) profitieren sollten, damit auch ihre Integration besser und schneller vorangeht.

**Caritas, FIMM, SFH:** sehen die vorgesehene Verknüpfung der Subventionenbeiträge für die Sozialhilfe mit der Integrationsförderung als problematisch an. Caritas und FIMM schlagen stattdessen eine einmalige Erwerbspauschale pro neu erwerbstätige Person als Anreiz für die Kantone vor.

**SGV:** sagt, dass die vorgeschlagenen Massnahmen keine Verpflichtung der Arbeitgeber zur Beschäftigung von Asylsuchenden und keine Konkurrenzierung der einheimischen Arbeitskräfte durch Asylsuchende beinhalten dürfen.

#### f) Allgemeine Bemerkungen zum Finanzierungssystem

**FIMM, SGB, SFH, Sosp, SSV:** sehen das neue Finanzierungsmodell als (zu) kompliziert an.

**BE, NE, ZG, Caritas, FIMM, Sosp, SGB, SSV, SFH:** lehnen die Senkung der Globalpauschale ab.

#### g) Inkraft treten der Änderungen

**SODK:** sieht die Inkraftsetzung des neuen Finanzierungssystems auf den Beginn eines Kalenderjahres als zwingend an.

#### h) Überprüfung

**OW, UR, CP, SRK, SGV:** schlagen vor, dass das neue Finanzierungssystem spätestens nach 3 - 5 Jahren evaluiert und falls nötig angepasst werden soll.

**SG:** schlägt vor, dass der Deckungsgrad der Globalpauschalen durch die Einführung eines Controllings laufend überprüft wird.

**SVP:** schlägt vor, dass der Bund das an die Kantone ausgerichtete Gesamtvolumen zur Finanzierung geeigneter Strukturen regelmässig überprüft.

#### i) Vorschläge ausserhalb der Thematik der Vorlage

**ZH:** schlägt vor, dass die Subventionierung der Nothilfekosten durch eine Erhöhung der nicht kostendeckenden Nothilfepauschale angepasst werden soll.

**SVP:** schlägt vor, dass die in der Asylverordnung 2 zurzeit auf 6'000 Franken festgelegte Nothilfepauschale (Art. 28 und 29) an die Kantone im Rahmen dieser Verordnungsänderung gesenkt werden soll, damit die Kantone einen Anreiz erhalten, den Vollzug schneller in die Wege zu leiten.

**FDP:** unterstützt die Senkung des Unterstützungsstandards von Sozial- auf Nothilfe während der Dauer des Asylverfahrens und schlägt vor, diese Rechtsänderung durch eine Anpassung der AsylV 2 schon vorweg zu nehmen.

**UNHCR:** tritt dafür ein, dass auch für vorläufig aufgenommene Personen ein sicherer, positiver Rechtsstatus geschaffen wird, der ihren Schutzbedarf reflektiert („humanitärer Status“).

### **1.3.3 Wichtigste Bemerkungen zu den Änderungen im Rückkehr- und Rückkehrhilfebereich**

#### **a) Zustimmung**

**BE, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, SG, SH, SZ, TI, VD, VS, ZG, FDP, SP, Caritas, CP, EKM, FIMM, FMH, IOM, SFH, SGB, SGV, SRK, SSV, TS, UNHCR, VKM** begrüßen und unterstützen die vorgeschlagenen Änderungen im Rückkehr- und Rückkehrhilfebereich.

**SG:** fordert den Bund auf, darauf zu verzichten, von den Kantonen einen begründeten Antrag zur Ausrichtung des Ausreisegeldes zu verlangen.

#### **b) Zustimmung unter Vorbehalt der Ausrichtung des Ausreisegeldes**

**AG, AI, AR, BL, OW, SO, TG, UR, ZH, MCR, SGV** beurteilen es als problematisch, dass auch Personen, die gemäss Artikel 64 Absatz 1 AsylV 2 (verurteilte bzw. renitente Personen) von der Rückkehrhilfe ausgeschlossen sind, ein neues Ausreisegeld mit einer Maximalhöhe von 2'000 Franken erhalten sollen. Auch wenn dieser Betrag nicht ausgeschöpft wird, ist die Differenz zur „ordentlichen“ Rückkehrhilfe“ viel zu gering. Dadurch schwindet der Anreiz, schon früher im Verfahren freiwillig oder selbständig auszureisen.

Massnahmen, welche die Rückkehrhilfe möglichst vielfältig und attraktiv gestalten, werden unterstützt. Wer sich aber nicht von diesem Angebot überzeugen lässt und sich weiter renitent oder gesetzeswidrig verhält, soll nicht von diesen Zusatzleistungen profitieren; solchen Personen gegenüber müssen die Vollzugsmassnahmen konsequent angewendet werden.

#### **c) Zustimmung unter Vorbehalt der Ausrichtung des Reisegeldes und des Ausreisegeldes**

**SO:** begrüsst generell sämtliche Bemühungen, welche zur nachhaltigen Ausreise von weggewiesenen Personen führen. Die Ausrichtung sowohl des Reisegeldes wie auch des Ausreisegeldes sind nicht zielführend, weil sie die freiwillige Rückkehr nicht bestärken, sondern vielmehr schwächen. Die ausreisepflichtigen Personen werden nicht auf die bestehenden Rückkehrhilfeangebote eingehen, wenn sie mit einer anfänglichen Weigerungshaltung die Rückführung zeitlich hinauszögern können. Zudem sind die für den Antrag eines Ausreisegeldes verlangten kumulativen Bedingungen nicht klar formuliert. Gerade die Angabe über die voraussichtliche Dauer der Papierbeschaffung erweist sich als nicht praxistauglich, da weder die vollziehende Behörde noch das BFM über die anzunehmende Dauer der Papierbeschaffung zuverlässig Auskunft geben kann.

#### **d) Ablehnung**

**SVP:** lehnt die Ausweitung der bestehenden umfangreichen Rückkehrhilfe klar ab. Sie befürchtet eine massive Stärkung der Aktraktivität der Schweiz als Asyl- bzw. Einwanderungsland. Sollte der Bundesrat dennoch an der vorgeschlagenen Ausweitung festhalten, so müssen die Ausgaben der Rückkehrhilfe zwingend von den Entwicklungshilfe-Rahmenkrediten übernommen werden. Schliesslich werden diese bereits heute richtigerweise im APD (alle Ausgaben der öffentlichen Entwicklungshilfe) aufgeführt und

damit in das Verhältnis der aufgewendeten Mittel zum BNE (Bruttonationaleinkommen) miteinbezogen.

**Sosf:** hält fest, dass die partielle Auflockerung der Bedingungen zur Bezugsberechtigung zwar als minimaler Fortschritt zu betrachten sind. Die den Änderungen zu Grunde liegende politische Stossrichtung lehnt Sosf indes ab: «Rückkehrhilfe» wird hier als Instrument der Migrationskontrolle verstanden und im erläuternden Bericht namentlich als «aktive Rückkehrförderung» bezeichnet. Das Ziel dabei ist ganz klar, mehr Personen (vornehmlich aus dem Asylbereich) zur Ausreise zu bewegen. Die Einführung eines Ausreisegesprächs während der Administrativhaft stellt hierbei eine der kritischsten Änderungen dar. Obgleich dessen Durchführung möglicherweise durch Dritte (und somit Vertreter -innen von NGO's, wie schon beim System der Rückkehrberatung) übernommen wird, haben dieselben z.B. keinerlei Entscheidungskompetenz über die tatsächliche Gewährung des Reise- oder Ausreisegeldes.

#### **e) Pauschalen für Dienstleistungen am Flughafen**

**BE, TI, ZH:** beantragen eine Anpassung von Artikel 11 Absatz 3 VVWA. Die Kosten für den Empfang und am Flughafen und die polizeiliche Zuführung zum Flugzeug sind höher als 300 Franken bzw. 1'200 Franken pro Person.

#### **f) Haftkostenpauschale**

Die Mehrheit der Kantone begrüßen es, dass der Bund den Vollzug von Wegweisungen rechtskräftig weggewiesener ausländischer Personen und insbesondere diejenige ab Empfangs- und Verfahrenszentrum (EVZ) zu fördern. Sie fordern allerdings, die geltende Haftkostenpauschale von 140 Franken zu erhöhen. Sie beantragen mehrheitlich, die Pauschale auf mindestens 200 Franken zu erhöhen. Einzelne Kantone verlangen noch höhere Beträge.

**SG, TG** schlagen vor, in Artikel 15 Absatz 1 keinen Betrag festzulegen, sondern die Abgeltung nach den effektiven Kosten, welche dem Kanton in der entsprechenden Haftanstalt auszurichten.

## 2. Verzeichnis der Eingaben

### *Kantone:*

<b>AG</b>	Kanton Aargau, Regierungsrat
<b>AI</b>	Kanton Appenzell Innerrhoden, Landammann und Standeskommission
<b>AR</b>	Kanton Appenzell Ausserrhoden, Regierungsrat
<b>BE</b>	Kanton Bern, Regierungsrat
<b>BL</b>	Kanton Basel-Landschaft, Regierungsrat
<b>BS</b>	Kanton Basel-Stadt, Regierungsrat
<b>FR</b>	Etat de Fribourg, Conseil d'Etat
<b>GE</b>	République et canton de Genève, Conseil d'Etat
<b>GL</b>	Kanton Glarus, Regierungsrat
<b>GR</b>	Kanton Graubünden, Regierung
<b>JU</b>	République et Canton du Jura, Gouvernement
<b>LU</b>	Kanton Luzern, Gesundheit- und Sozialdepartement
<b>NE</b>	République et Canton de Neuchâtel, Conseil d'Etat
<b>NW</b>	Kanton Nidwalden, Landammann und Regierungsrat
<b>OW</b>	Kanton Obwalden, Regierungsrat
<b>SG</b>	Kanton St.Gallen, Regierung
<b>SH</b>	Kanton Schaffhausen, Departement des Innern
<b>SO</b>	Kanton Solothurn, Regierungsrat
<b>SZ</b>	Kanton Schwyz, Regierungsrat
<b>TG</b>	Kanton Thurgau, Regierungsrat
<b>TI</b>	Repubblica e Cantone Ticino, Il Consiglio di Stato
<b>UR</b>	Kanton Uri, Landammann und Regierungsrat
<b>VD</b>	Canton de Vaud, Conseil d'Etat
<b>VS</b>	Canton du Valais, Conseil d'Etat
<b>ZG</b>	Kanton Zug, Regierungsrat
<b>ZH</b>	Kanton Zürich, Regierungsrat

### *Politische Parteien:*

<b>FDP / PLR</b>	FDP.Die Liberalen / PLR.Les Libéraux-Radicaux
<b>MCR</b>	Mouvement citoyens romand
<b>SP / PS</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti socialiste suisse
<b>SVP / UDC</b>	Schweizerische Volkspartei / Union démocratique du centre

### *Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete:*

<b>chgemeinden</b>	Schweizerischer Gemeindeverband
<b>SSV / UVS</b>	Schweizerischer Städteverband / Union des villes suisses

### *Weitere interessierte Kreise:*

<b>Caritas</b>	Caritas Suisse
<b>CP</b>	Centre Patronal
<b>EKM / CFM</b>	Commission fédérale pour les questions de migration

<b>FIMM</b>	Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten
<b>FMH</b>	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte
<b>IOM / OIM</b>	Internationale Organisation für Migration
<b>SFH / OSAR</b>	Schweizerische Flüchtlingshilfe
<b>SGB / USS</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund / Union syndicale suisse
<b>SGV / USAM</b>	Schweizerischer Gewerbeverband / Union suisse des arts et métiers
<b>SODK<sup>3</sup></b>	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
<b>SRK</b>	Schweizerisches Rotes Kreuz
<b>Sosf</b>	Solidarité sans frontières
<b>TS</b>	Travail.Suisse
<b>UNHCR / HCR</b>	Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen
<b>VKM</b>	Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden

***Auf eine Stellungnahme verzichtet haben:***

Schweizerischer Arbeitgeberverband  
 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)  
 Kaufmännischer Verband Schweiz

---

<sup>3</sup> Überlässt den Kantonen zu den einzelnen Änderungen detailliert Stellung zu nehmen.

## II Besonderer Teil

### 1. Änderungen der AsylV 2 im Bereich der Subventionierung der Sozialhilfe, insbesondere Einführung eines neuen Finanzierungssystems

#### 1.1 Artikel 5 : Auszahlungsverfahren

*Art. 5 Abs. 5*

*Aufgehoben*

#### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI, AR, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, NE, NW, OW, SH, SO, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, CP, EKM, FIMM, SFH, SGV, SRK, SSV

#### **Ablehnung**

**Kantone:** BE, LU, SG

**Parteien:** FDP

#### **Keine Bemerkungen**

SZ, FMH, IOM, SGB, SODK, Sosp, TS, UNHCR, VKM

#### 1.2 Artikel 20 : Dauer der Kostenerstattungspflicht

*Art. 20 Einleitungssatz*

Der Bund vergütet den Kantonen Monats-Globalpauschalen für Personen während der Dauer des Asylverfahrens, der vorläufigen Aufnahme und der vorübergehenden Schutzgewährung. Er vergütet diese Pauschalen ab Beginn des Monats, welcher der Zuweisung an einen Kanton, dem Entscheid über die vorläufige Aufnahme oder der Gewährung des vorübergehenden Schutzes folgt, bis und mit dem Ende des Monats, in dem:

#### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI, AR, BL, BS, FR, GL, GR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, TG, SZ, UR, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, CP, EKM, FIMM, FMH, SFH, SGV, SODK, SRK, SSV, Sosp, UNHCR, VKM

#### **Ablehnung**

**Kantone:** BE, GE, JU, NE, TI

**Interessierte Kreise:** SGB

#### **Keine Bemerkungen**

VD, TS, IOM

### 1.3 Artikel 22 : Höhe und Anpassung der Globalpauschale

*Art. 22 Abs. 1 und 5*

<sup>1</sup> Der Bund vergütet den Kantonen für jede Sozialhilfe beziehende Person eine Monats-Globalpauschale. Sie beträgt im schweizerischen Durchschnitt 1'430,17 Franken (Indexstand: 31. Okt. 2008).

<sup>5</sup> Der Anteil für die Mietkosten beträgt 220,42 Franken, der Anteil für die übrigen Sozialhilfekosten 630,95 Franken und der Anteil für die Betreuungskosten 279,95 Franken. Die Anteile basieren auf dem Stand des Landesindex der Konsumentenpreise von 116,7 Punkten (Indexstand: 31. Okt. 2008). Das BFM passt diese Anteile jeweils Ende des Jahres für das folgende Kalenderjahr der Indexentwicklung an.

#### Zustimmung

**Kantone:** AG, AI, AR, BL (eher zustimmend), BS, GL, GR, LU, OW, SH, SO, SZ, TG, VS, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** chgemeinden, CP, EKM, FMH, SFH (nur zu separater Ausweisung der Betreuungskosten in Absatz 5), SGV, SODK, SRK, UNHCR (eher zustimmend)

**BS, SVP:** Das neue System wird nur unter der Voraussetzung gutgeheissen, dass es kostenneutral ist.

**SZ:** Die Kostenneutralität des neuen Systems muss aber noch nachgewiesen werden, z.B. durch parallele Anwendung des alten und neuen Systems während einem Quartal.

**AR, AI, LU, SH:** Die Berechnungen des BFM betreffend Kostenneutralität der Änderung des Subventionierungssystems lassen sich aber nicht (schlüssig) nachvollziehen.

**LU, OW:** Die vorgeschlagene Monatspauschale ist aber zu erhöhen, da sie die effektiven Kosten der Kantone nicht deckt (OW), da die Reduktion von der Tages- zur Monatspauschale zu gross ist (LU).

**SO:** Auf die betragsmässige Ausweisung der Betreuungskosten ist aber zu verzichten, da dadurch der kantonale Spielraum bei der Subventionsverwendung eingeschränkt wird.

**SRK:** ist der Auffassung, dass die Anteile für die Sozialhilfe und die Betreuung zu knapp bemessen sind.

**UNHCR:** begrüsst die Koppelung an den Landesindex der Konsumentenpreise (LIK).

#### Ablehnung

**Kantone:** BE, FR, GE, JU, NE, NW, SG, UR, VD, TI, ZG

**Interessierte Kreise:** Caritas, FIMM, SFH, SGB, Sosp, SSV, VKM

**AI, AR, LU, SG, ZG, VKM, SSV:** Die Berechnungen des BFM betreffend Kostenneutralität der Änderung des Subventionierungssystems lassen sich nicht (schlüssig) nachvollziehen.

**NW, UR, SG, Caritas, Sosp:** Die vorgeschlagene Monatspauschale ist zu erhöhen, da sie die effektiven Kosten der Kantone nicht deckt.

**GE, NW, SGB, SSV:** Die vorgeschlagene Monatspauschale ist zu erhöhen, da sie im Vergleich zum geltenden System zu tief oder nicht kostenneutral ist.

#### Keine Bemerkungen

IOM, TS

#### Vorschläge

**FR, JU, NE, SZ, ZG:** Die kostenneutrale Umrechnung der neuen Globalpauschale ist zu überprüfen.

**LU, UNHCR:** Für vorläufig aufgenommene Personen (und Asylsuchende; UNHCR) ist die Globalpauschale für Flüchtlinge und nicht diejenige für Asylsuchende zu entrichten, da diese Personen wie Flüchtlinge zu integrieren sind.

## 1.4 Artikel 23 : Berechnung des Gesamtbetrages

### Art. 23 Berechnung des Gesamtbetrages

<sup>1</sup> Der vom Bund pro Kanton und Monat geschuldete Gesamtbetrag (B) in Franken basiert auf den in den Datensystemen des BFM erfassten Daten. Er berechnet sich nach der folgenden Formel:

$B = \text{Anzahl am ersten Tag des Monats Sozialhilfe beziehende Personen} \times \text{kantonal abgestufte Monats-Globalpauschale} + \text{Sockelbeitrag an Betreuungskosten.}$

<sup>2</sup> Die Anzahl Sozialhilfe beziehender Personen (SP) berechnet sich nach der Formel:

$$SP = P - ET_{AS} - BET_{VA}$$

In der Formel bedeuten:

P = Am ersten Tag des Monats anwesende Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und schutzbedürftige Personen ohne Aufenthaltsbewilligung.

ET<sub>AS</sub> = Am ersten Tag des Monats erwerbstätige Asylsuchende (18- bis 65-Jährige).

BET<sub>VA</sub> = Bereinigte Anzahl der erwerbstätigen vorläufig Aufgenommenen und Schutzbedürftigen ohne Aufenthaltsbewilligung (18- bis 65-Jährige).

Die bereinigte Anzahl berechnet sich nach der Formel:

$$BET_{VA} = EA_{VA} \times (EQ_{CH} + ALQ_{CH} - ALQ_{KT})$$

In der Formel bedeuten:

EA<sub>VA</sub> = Am ersten Tag des Monats im Erwerbsalter stehende vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung (18- bis 65-Jährige).

EQ<sub>CH</sub> = Schweizerische Quote der am ersten Tag des Monats erwerbstätigen vorläufig Aufgenommenen und Schutzbedürftigen ohne Aufenthaltsbewilligung (18- bis 65-Jährige).

ALQ<sub>CH</sub> = Schweizerische Arbeitslosenquote des Vormonats der in der Schweiz lebenden Ausländer gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).

ALQ<sub>KT</sub> = Kantonale Arbeitslosenquote des Vormonats der im jeweiligen Kanton lebenden Ausländer gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).

<sup>3</sup> Für die Aufrechterhaltung einer minimalen Betreuungsstruktur vergütet der Bund jedem Kanton pro Monat eine Pauschale von 28'206 Franken als Sockelbeitrag. Sie basiert auf dem Stand des Landesindex der Konsumentenpreise von 116,7 Punkten (Indexstand: 31. Okt. 2008). Das BFM passt diese Pauschale jeweils Ende des Jahres für das folgende Kalenderjahr der Indexentwicklung an.

<sup>4</sup> *Aufgehoben*

### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI (eher zustimmend), AR, BL, BS, GL, GR, NW (nur bzgl. Sockelbeitrag, Abs. 3), OW, SG, SO, SZ, TG, UR, VS, ZH,

**Parteien:** MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** chgemeinden, CP, EKM, FMH, SGV, SRK, SODK, TS, UNHCR (eher zustimmend)

**AI, SZ, chgemeinden:** Der Aspekt der Teilzeit- oder Niedriglohnbeschäftigung ist bei der Subventionsberechnung zu wenig gewichtet.

**SRK:** Die neue und komplexe Berechnungsart darf aber auf der Ebene der Kantone nicht zu mehr Verwaltungsaufwand führen.

**UNHCR:** begrüsst die Koppelung an den Landesindex der Konsumentenpreise (LIK).

### **Ablehnung**

**Kantone:** BE, FR, GE, JU, LU, NE, NW (eher ablehnend), SH (eher ablehnend) VD, TI, ZG (eher ablehnend)

**Parteien:** FDP

**Interessierte Kreise:** Caritas, FIMM, SFH (eher ablehnend), SGB, Sosp, SSV, VKM

**NW, SH, VKM:** Der Aspekt der Teilzeit- oder Niedriglohnbeschäftigung ist bei der Subventionsberechnung zu wenig gewichtet.

### Keine Bemerkungen

IOM

### Vorschläge

**VD:** Klarstellen, dass in der Formel nur die VA -7, d.h. vorläufig aufgenommene Personen, deren Einreise vor weniger als 7 Jahren erfolgt ist, gemeint sind.

**AG:** Das Ende des Erwerbsalters ist bei 60 Jahren festzulegen.

## 1.5 Artikel 23a : Sockelbeitrag an Betreuungskosten

*Art. 23a*

*Aufgehoben*

### Zustimmung

**Kantone:** AG, AI, AR, BL, BS, FR, GL, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, UR, VS, ZG, ZH,

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, CP, EKM, FIMM, FMH, SODK, SFH, SGV, SRK, VKM

### Ablehnung

**Kantone:** BE, GE, JU, TI, VD

**Interessierte Kreise:** SGB

### Keine Bemerkungen

IOM, Sosp, SSV, TS, UNHCR

## 1.6 Artikel 24 : Dauer der Kostenerstattungspflicht

*Art. 24 Abs. 1 (Einleitungssatz) und Absatz 4 (Einleitungssatz)*

<sup>1</sup>Der Bund vergütet den Kantonen Monats-Globalpauschalen für Flüchtlinge und Staatenlose. Er vergütet diese Pauschalen ab Beginn des Monats, welcher dem Entscheid über die Asylgewährung, über die Aufnahme als vorläufig aufgenommener Flüchtling oder über die Anerkennung als Staatenloser folgt, bis und mit dem Ende des Monats, in dem:

<sup>4</sup>Der Bund vergütet den Kantonen eine Monats-Globalpauschale auch nach Erteilung der Niederlassungsbewilligung, jedoch längstens bis zur erstmaligen wirtschaftlichen Selbständigkeit für Sozialhilfe beziehende Flüchtlinge, die:

### Zustimmung

**Kantone:** AG, AI, AR, BL, BS, FR, GL, GR, LU, NE, NW, OW, SZ, TG, UR, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, CP, EKM, FIMM, FMH, SFH, SGV, SRK, SODK, Sosp, SSV, UNHCR, VKM

**AR:** Umstellung auf Monatspauschale darf aber nicht zu Schlechterstellung gegenüber der bisherigen Tagespauschale führen.

### Ablehnung

**Kantone:** BE, GE, JU, SG (eher ablehnend), SH, SO, TI

**Interessierte Kreise:** SGB

**SH, SO:** Die generelle Beendigung der Subventionierung für erstmals sozialhilfeunabhängige Flüchtlinge ist nicht akzeptabel.

### Keine Bemerkungen

VD, TS, IOM

## 1.7 Artikel 26 : Höhe und Anpassung der Globalpauschale

*Art. 26 Abs. 1 und 5*

<sup>1</sup> Der Bund vergütet den Kantonen für jede Sozialhilfe beziehende Person eine Monats-Globalpauschale. Sie beträgt im schweizerischen Durchschnitt 1'507,83 Franken (Indexstand: 31. Okt. 2008).

<sup>5</sup> Der Anteil für die Mietkosten beträgt 320,87 Franken, der Anteil für die übrigen Sozialhilfekosten 845,92 Franken und der Anteil für die Betreuungs- und Verwaltungskosten 275,27 Franken. Die Anteile basieren auf dem Stand des Landesindex der Konsumentenpreise von 116,7 Punkten (Stand: 31. Okt. 2008). Das BFM passt diese Anteile der Globalpauschale jeweils Ende des Jahres für das folgende Kalenderjahr der Indexentwicklung an.

### Zustimmung

**Kantone:** AG, AI, AR, BL (eher zustimmend), BS, GL, GR, LU, OW, SH, SO, TG, SZ, UR, VS, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** chgemeinden, CP, EKM, FMH, SFH (nur zu separater Auweisung der Betreuungs- und Verwaltungskosten in Absatz 5), SGV, SODK, SRK, UNHCR

**SZ:** Die Kostenneutralität des neuen Systems muss aber nachgewiesen werden, z.B. durch parallele Anwendung des alten und neuen Systems während einem Quartal.

**AR, AI, LU, SH:** Die Berechnungen des BFM betreffend Kostenneutralität der Änderung des Subventionierungssystems lassen sich aber nicht (schlüssig) nachvollziehen.

**AR:** Die vorgeschlagene Monatspauschale für Flüchtlinge ist aber zu erhöhen, da sie die effektiven Kosten der Kantone nicht deckt.

**UNHCR:** begrüsst die Koppelung an den Landesindex der Konsumentenpreise (LIK).

### Ablehnung

**Kantone:** BE, FR, GE, JU, NE, NW, SG (eher ablehnend), TI, VD, ZG

**Interessierte Kreise:** Caritas, FIMM, SFH, SGB, Sosp, SSV, VKM

**SG, ZG, VKM:** Die Berechnungen des BFM betreffend Kostenneutralität der Änderung des Subventionierungssystems lassen sich nicht (schlüssig) nachvollziehen.

**GE, NW:** Die vorgeschlagene Monatspauschale ist zu erhöhen, da sie im Vergleich zum geltenden System zu tief oder nicht kostenneutral ist.

**Caritas, SFH:** Sowohl der Betrag für die Betreuungs- wie auch für die Mietkosten fällt tiefer aus. Dabei wurde die Entwicklung der Mietpreise nicht berücksichtigt.

### Keine Bemerkungen

TS, IOM

### Vorschläge

**NE, ZG:** Die kostenneutrale Umrechnung der neuen Globalpauschale ist zu überprüfen.

## 1.8 Artikel 27 : Berechnung des Gesamtbetrages

### *Art. 27 Berechnung des Gesamtbetrages*

<sup>1</sup> Der vom Bund pro Kanton und Monat geschuldete Gesamtbetrag (B) in Franken basiert auf den in den Datensystemen des BFM erfassten Daten. Er berechnet sich nach der folgenden Formel:

$B = \text{Anzahl am ersten Tag des Monats Sozialhilfe beziehende Personen} \times \text{kantonal abgestufte Monats-Globalpauschale.}$

<sup>2</sup> Die Anzahl Sozialhilfe beziehender Personen (SP) berechnet sich nach der Formel:

$$SP = P - BET_F$$

In der Formel bedeuten:

P = Am ersten Tag des Monats anwesende Flüchtlinge, Staatenlose und schutzbedürftige Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung.

$BET_F$  = Bereinigte Anzahl der erwerbstätigen Flüchtlinge, Staatenlosen und schutzbedürftigen Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung (18- bis 65-Jährige).

Die bereinigte Anzahl berechnet sich nach der Formel:

$$BET_F = EA_F \times (EQ_{CH} + ALQ_{CH} - ALQ_{KT})$$

In der Formel bedeuten:

$EA_F$  = Am ersten Tag des Monats im Erwerbsalter stehende Flüchtlinge, Staatenlose und schutzbedürftige Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung (18- bis 65-Jährige).

$EQ_{CH}$  = Schweizerische Quote der am ersten Tag des Monats erwerbstätigen Flüchtlinge, Staatenlosen und schutzbedürftigen Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung (18- bis 65-Jährige).

$ALQ_{CH}$  = Schweizerische Arbeitslosenquote des Vormonats der in der Schweiz lebenden Ausländer gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).

$ALQ_{KT}$  = Kantonale Arbeitslosenquote des Vormonats der im jeweiligen Kanton lebenden Ausländer gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).

### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI (eher zustimmend), AR, BL, BS, GL, GR, LU, NW, OW, SO, SZ, TG, UR, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** chgemeinden, CP, EKM, FMH, SGV, SODK, SRK, TS, UNHCR (eher zustimmend)

**AI, SZ:** Der Aspekt der Teilzeit- oder Niedriglohnbeschäftigung ist bei der Subventionsberechnung aber zu wenig gewichtet.

**UR:** Die Bewilligungspflicht für die Erwerbstätigkeit von Flüchtlingen mit Aufenthaltsbewilligung sollte aber - da unnötiger Verwaltungsaufwand - aufgehoben werden.

**GR:** Die Erfassung von Erwerbstätigkeiten muss mit geeigneten Massnahmen (klarere Rechtsgrundlage, Ausweiskennzeichnung) aber verbessert werden.

**SRK:** Die neue und komplexe Berechnungsart darf auf der Ebene der Kantone aber nicht zu mehr Verwaltungsaufwand führen.

### **Ablehnung**

**Kantone:** BE, FR, GE, JU, NE, SG (eher ablehnend), SH, (eher ablehnend), TI, VD

**Interessierte Kreise:** Cartias, FIMM, SFH (eher ablehnend), SGB, Sosg, SSV, VKM

**NW, SH VKM:** Der Aspekt der Teilzeit- oder Niedriglohnbeschäftigung ist bei der Subventionsberechnung zu wenig gewichtet.

### Keine Bemerkungen

IOM

### Vorschläge

**AG:** Das Ende des Erwerbsalters ist bei 60 Jahren festzulegen.

## **2. Änderungen der Asylverordnung 3 (AsyIV 3)**

### **2.1 Artikel 1e : Datenbank Finanzierung Asyl (Finasi)**

III

*Änderung bisherigen Rechts :*

Die Asylverordnung 3 über die Bearbeitung von Personendaten vom 11. August 1999 wird wie folgt geändert:

*Art. 1e Abs. 2*

<sup>2</sup> Sie enthält folgende Personendaten von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen, Flüchtlingen und Staatenlosen: Name, Vorname, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Erwerbstätigkeit, Personennummer, AHV-Versichertennummer und BFS-Nummer ihrer Wohnsitzgemeinde.

### Zustimmung

**Kantone:** AG, AI, AR, BE, BS, FR, GE, GL, GR (eher zustimmend), LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, UR, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

### Keine Bemerkungen

BL, JU, TI, VD, Caritas, chgemeinden, CP, EKM, FIMM, FMH, IOM, SGB, SGV, SFH, SODK, Sosf, SRK, SSV, TS, UNHCR, VKM

## **3. Änderungen der AsyIV 2 im Bereich Rückkehr und Rückkehrhilfe**

### **3.1 Artikel 58 : Kosten für die Begleitung**

*Art. 58 Abs. 3*

*Aufgehoben*

### Zustimmung

**Kantone:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden CP, EKM, FIMM, FMH, SFH, SGV, Sosf, SSV, UNHCR, VKM

### Keine Bemerkungen

IOM, SGB, SODK, SRK, TS

### 3.2 Artikel 59 : Vergütbare Kosten

*Art. 59 Abs. 1 Bst. c und e*

<sup>1</sup> Der Bund vergütet die Kosten für:

- c. die Beförderung des Gepäcks bis zum Betrag von 200 Franken pro erwachsene Person und von 50 Franken pro Kind, höchstens jedoch bis zu einem Betrag von 500 Franken pro Familie;
- e. *Aufgehoben.*

#### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH,

**Parteien:** FDP, MCR, SP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, CP, EKM, FIMM, FMH, IOM, SFH, SGB, SGV, Sosp, SRK, SSV, TS, UNHCR, VKM

#### **Ablehnung**

**Kantone:** GR (eher ablehnend)

**Parteien:** SVP

**GR, SVP:** eine mögliche generelle Ausweitung der bestehenden umfangreichen Rückkehrhilfeleistungen, welche bereits nach einem kurzfristigen Aufenthalt in der Schweiz in Anspruch genommen werden können, wird abgelehnt. Die Ausweitung der bestehenden Leistungen wird die Attraktivität der Schweiz als Asyl- bzw. Einwanderungsland zusätzlich steigern, was kontraproduktiv ist. Die heutige Formulierung von Artikel 59 Absatz 1c sowie auch von Artikel 74a Absatz 1 ist deshalb beizubehalten.

#### **Keine Bemerkungen**

SODK

### 3.3 Artikel 59a : Reisegeld

*Art. 59a Abs. 2<sup>bis</sup> (neu)*

<sup>2bis</sup> Das BFM kann Personen, die sich gestützt auf Artikel 75 - 78 AuG in Haft befinden und die sich bereit erklären, selbständig auszureisen, ein Reisegeld von maximal 500 Franken vergüten. Die Vergütung des Reisegeldes erfolgt erst, nachdem ein Ausreisegespräch nach Artikel 59a<sup>ter</sup> stattgefunden hat.

#### **Zustimmung**

**Kantone:** AI, AR, BE (eher zustimmend), BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU (eher zustimmend), NE, NW, SG, SH, SZ (eher zustimmend), TI, UR (eher zustimmend), VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP

**Interessierte Kreise:** Caritas, CP, EKM, FIMM, FMH, IOM, SFH, SGB, SGV, SRK, SSV, TS, UNHCR, VKM

**BS:** begrüsst die vorgeschlagene Regelung zum erweiterten Reisegeld an Personen in Administrativhaft. Die Erfahrungen von Basel-Stadt im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut mit dem "Detention Project" des SRK haben gezeigt, dass in der Haft eine Rückkehrberatung allein nicht genügt, um die Rückkehr ins Herkunftsland als reale Perspektive zu stärken. Ein finanzieller Anreiz, welcher den Betroffenen eine Rückkehr in minimaler Würde ermöglicht, ist unumgänglich.

**BL, ZG** sind der Meinung, dass das erhöhte Reisegeld von maximal 500 Franken für sich allein kaum eine in Haft befindliche Person zur Ausreise bewegen kann. Ausserdem ist ZG der Auffassung, dass es schwierig abzuschätzen ist, ob ein Betrag in der Höhe von 500 Franken ausreicht.

**SFH:** begrüsst grundsätzlich die neu vorgesehene Flexibilität beim Reise- und Ausreisegeld, sie entspricht einem Vorschlag, den die SFH schon wiederholt im Rahmen der Diskussion um mögliche Rückkehranreize vorgebracht hat. Allerdings sind die Ansätze relativ tief – gerade beim Reisegeld von 500 Franken ist nicht sicher, ob dieser Betrag geeignet ist, um eine Person zur selbständigen Ausreise zu bewegen. Das Rückkehrgeld könnte für den Betroffenen die Möglichkeit eröffnen, die Ausreiseverpflichtung zu akzeptieren, ohne das Gesicht zu verlieren.

### **Ablehnung**

**Kantone:** AG (eher ablehnend), OW, SO, TG

**Parteien:** SVP

**Interessierte Kreise:** chgemeinden, Sospf

**OW, SO, TG, chgemeinden:** Ganz allgemein werden sämtliche Bemühungen begrüsst, welche zur nachhaltigen Ausreise von weggewiesenen Personen führen. Die Ausrichtung des Reise- und des Ausreisegeldes schwächt die Rückkehrhilfe, denn auch zunächst unkooperative Personen können nach der Anordnung von fremdenpolizeilichen Massnahmen (Anordnung von Administrativhaft) immer noch von der Auszahlung eines relativ hohen Geldbetrages (Fr. 500.-) ausgehen. Es stellt sich hier schon die Frage, weshalb diese Personen dann auf die Angebote der Rückkehrhilfe noch eingehen sollen, zumal mit einer Verweigerungshaltung angesichts der Hindernisse bei der zwangsweisen Rückführung auch aus Sicht der Betroffenen wertvolle Zeit gewonnen werden kann. Dieser Weg soll auf keinen Fall gegenüber der freiwilligen Ausreise noch einladender gestaltet werden.

Wenig hilfreich ist auch der Umstand, dass kein Zeitlimit für den Bezug des Ausreisegeldes vorgesehen ist. Ohne Definition eines solchen könnten wohl auch Person mit auffälligstem Verhalten und trotz groben Verstössen gegen die Rechts- und Gesellschaftsordnung auch nach vielen Jahren noch davon profitieren. Im Weiteren ist zwar geregelt, dass das Ausreisegeld im Heimatland ausbezahlt wird. Konkretisiert wurde diese Formulierung jedoch nicht. Es darf nicht sein, dass eine Person mit dem Ausreisegeld bspw. ein Flugticket für die Wiedereinreise in den Schengenraum bzw. Rückkehr in die Schweiz bezahlen kann. Zudem erscheinen die für die Beantragung eines Ausreisegeldes verlangten kumulativen Bedingungen wenig klar formuliert.

### **Keine Bemerkungen**

SODK

### **Vorschläge**

**SZ, Caritas:** Personen, die sich gestützt auf Artikel 75 Absatz 1 Bst. g und h AuG in Haft befinden, sollten jedoch weiterhin von einem Reisegeld ausgeschlossen bleiben.

**ZG:** Der maximale Betrag sollte von 500 Franken auf 1'000 Franken erhöht werden.

**IOM:** schlägt vor, den Artikel zum erhöhten Reisegeld um einen Absatz erweitern, dass das Reisegeld für Personen, welche innerhalb von 6 Monaten wiederholt in die Schweiz einreisen, gekürzt wird.

### 3.4 Artikel 59a<sup>bis</sup> : Ausreisegeld (neu)

#### *Art. 59a<sup>bis</sup> Ausreisegeld (neu)*

<sup>1</sup> Ausreisepflichtigen Personen, die gemäss Artikel 64 Absatz 1 von der Rückkehrhilfe ausgeschlossen sind, kann das BFM ein Ausreisegeld von maximal 2'000 Franken vergüten.

<sup>2</sup> Die ausreisepflichtige Person muss bereit sein, bei der Beschaffung der Reisepapiere mitzuwirken und auszureisen.

<sup>3</sup> Das BFM entscheidet auf Antrag der Kantone über die Ausrichtung des Ausreisegeldes. Hierfür hat der Kanton darzulegen, dass:

a. er alle für die Papierbeschaffung notwendigen Schritte rechtzeitig eingeleitet sowie bei Personen, die sich gestützt auf Artikel 75 - 78 AuG in Haft befinden, ein Ausreisegespräch gemäss Artikel 59ater durchgeführt hat, und

b. die Papierbeschaffung voraussichtlich länger als 6 Monate dauern wird, oder

c. die rückzuführende Person mindestens eine polizeilich begleitete Rückführung in den Heimatstaat verweigert hat oder gestützt auf Artikel 75 - 78 AuG verhaftet wurde.

<sup>4</sup> Das Ausreisegeld kann nicht mit dem Reisegeld gemäss Artikel 59a Absatz 2bis kumuliert werden.

<sup>5</sup> Das Ausreisegeld wird durch die schweizerische Vertretung im Heimatstaat oder Drittstaat oder durch die vom BFM beauftragte internationale Organisation ausbezahlt.

#### **Zustimmung**

**Kantone:** AI, AR (eher zustimmend), BE, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU (eher zustimmend), NE, NW, SG, SH (eher zustimmend), SZ (eher zustimmend), TI, VD, VS, ZG

**Parteien:** FDP, SP

**Interessierte Kreise:** Caritas, CP, EKM, FIMM, FMH, IOM, SFH, SGB, SGV, SRK, SSV, TS, UNHCR, VKM

**AR:** stimmt grundsätzlich zu, befürchtet jedoch, dass mit der Ausrichtung eines Ausreisegeldes der Anreiz zur vorzeitigen selbständigen Ausreise mit Rückkehrhilfe oder mit einem Reisegeld gefährdet wird.

**BS:** Der Vorschlag, in Ausreisegesprächen nicht nur ein erweitertes Reisegeld von max. 500 Franken einzusetzen, sondern in Fällen von komplizierter, langwieriger Papierbeschaffung die Kooperation der Betroffenen mit einem Ausreisegeld von max. 2'000 Franken zu erwirken, ist ebenfalls sinnvoll. Zu berücksichtigen sind hier die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten in den Herkunftsländern und eine entsprechende Abstufung des Ausreisegeldes.

**GE:** estime qu'il s'agit d'une proposition judicieuse puisqu'elle offre aux personnes concernées la possibilité, d'un retour au pays sans se trouver dans le dénuement total et leur évite de s'exposer à un renvoi forcé. La somme proposée devrait également permettre à la personne concernée d'envisager une réinsertion durable dans son pays d'origine. Le canton de Genève est d'autant plus favorable à cette disposition, qu'elle présente une forte analogie avec ce qu'il a développé dans le cadre du projet Maghreb.

**TI:** l'apertura ad un aiuto finanziario quale incentivo alle persone in detenzione amministrativa per facilitare i rientri volontari (con relativa diminuzione dei costi creati dai voli speciali o soggiorno prolungati in carcere), corrisponde anche a un progetto „Detenzione CRS“ attualmente in corso nel nostro Cantone.

**CP, SGV:** approuvent l'introduction d'un nouveau forfait pour autant qu'elle demeure circonscrite et qu'elle vise bien à accélérer et à améliorer l'exécution des renvois.

**LU, SH:** allerdings ist bei der Ausrichtung von Rückkehrhilfebeträgen im Asylbereich immer auch die Tatsache im Auge zu behalten, dass solche finanziellen Leistungen dazu führen können, dass die Schweiz als Asylland attraktiver wird (Gefahr der Fehlanreize). Rückkehrhilfen dürfen in keinem Fall die Kosten übersteigen, die potenzielle Asylsuchende für eine Reise in die Schweiz aufwenden müssen.

**SP:** kann die von anderer Seite bereits vorgebrachten Bedenken gegen das Ausreisegeld gut nachvollziehen und ist sich der Zweischneidigkeit dieses Ansatzes bewusst. Sie hat jedoch Vertrauen in das Augenmass der Behörden bei der Anwendung dieser Möglichkeit und geht davon aus, dass Missbrauch so ausgeschlossen werden kann.

**SRK:** begrüsst aufgrund der Erfahrungen im Rahmen des Projekts „Detention“ (Perspektiven- und Rückkehrberatung in der Administrativhaft) die Einführung eines Ausreisegeldes. Die Ausrichtung des Ausreisegeldes nach der effektiv erfolgten Rückkehr in das Herkunftsland wird sehr unterstützt. In diesem Zusammenhang möchte das SRK anregen, dass die Bemessung und Ausrichtung der finanziellen Unterstützung des gesamten Rückkehrbereichs in das Herkunftsland verlegt wird. Sollte in Zukunft die Bemessung und Ausrichtung der finanziellen Unterstützung ganz ins Herkunftsland verlegt werden, so wäre zu überprüfen, ob nicht alle Personen in Ausschaffungshaft diese Unterstützung in Anspruch nehmen könnten.

**SFH:** begrüsst grundsätzlich die neu vorgesehene Flexibilität beim Reise- und Ausreisegeld, sie entspricht einem Vorschlag, den die SFH schon wiederholt im Rahmen der Diskussion um mögliche Rückkehranreize vorgebracht hat. Allerdings sind die Ansätze relativ tief. Dennoch erachtet die SFH diese Möglichkeit als Schritt in die richtige Richtung, insbesondere weil sich auch gezeigt hat, dass Ausreisepflichtige sich häufig erst dann mit der Rückkehrproblematik auseinandersetzen, sofern sie in Haft sind, oder ihnen Zwangsmassnahmen angedroht wurden. Für diese Fälle könnte das Rückkehrgeld den Betroffenen die Möglichkeit eröffnen, die Ausreiseverpflichtung zu akzeptieren, ohne das Gesicht zu verlieren.

### **Ablehnung**

**Kantone:** AG, BL, OW, SO, TG, UR, ZH

**Parteien:** SVP, MCR

**Interessierte Kreise:** chgemeinden, SGV, Sosf,

**BL, OW, SO, TG, UR, MCR, SVP, chgemeinden:** Es ist das falsche Signal, wenn Renitente, die bereits in Ausschaffungshaft sind, nach Verweigerung der Ausreise noch ein Ausreisegeld von 2'000 Franken beanspruchen können. Es besteht die Gefahr, dass damit ein Fehlanreiz für weitere „Wirtschaftsflüchtlinge“ geschaffen wird. Die Praxis zeigt, dass dort, wo Sonderflüge regelmässig möglich sind, die allermeisten Ausschaffungen ohne ein derart hohes Ausreisegeld auf einem Linienflug erfolgreich sind. Deshalb müsste viel mehr Druck mit durchführbaren Sonderflügen realisiert werden.

**AG:** Im Ergebnis werden damit Personen finanziell belohnt, die sich bislang ihrer im rechtsstaatlichen Verfahren auferlegten Ausreisepflicht mit unkooperativem Verhalten widersetzt haben.

**BL:** Grundsätzlich ist bei Personen in Haft gegen ein (zusätzliches) Ausreise- respektive Beratungsgespräch nichts einzuwenden. Über die Inhalte sowie die Abgeltung werden Bund und Kantone aber noch zu verhandeln haben (im Rahmen von Artikel 68a "Bundesbeiträge für Zusatzaufgaben" des Revisionsentwurfs).

**ZH:** lehnt ab, dass Personen, die ihre Mitwirkungspflicht verletzt haben und sich der Verpflichtung zur Ausreise widersetzen, während der Ausschaffungshaft bis zu 2'500 Franken in Form eines Reise- bzw. Ausreisegeldes erhalten.

**Sosf:** Konkret geht es hierbei vornehmlich um Nothilfebezüger -innen, welche einer freiwilligen Rückführung vorgängig nicht zugestimmt haben. Diesen Menschen ein Ausreisegeld in Aussicht zu stellen und sie dadurch zur Rückkehr bewegen zu wollen, ist blauäugig und verkennt Realitäten: das Problem der allermeisten in der Nothilfe gestrandeten Personen ist, dass sie nicht zurückkehren können. Neu geschaffene finanzielle Anreize werden an diesem Umstand wenig ändern. Die Absicht, «dass die betroffenen Personen die Schweiz [dadurch] eher und früher verlassen», wird nicht erreicht werden. Die Nichtannahme des Ausreisegeldes als Legitimation für eine womöglich folgende Zwangsausschaffung anzuführen, ist gänzlich inakzeptabel. Mittels einer ausgebauten Rückkehrhilfe die Probleme einer restriktiven Asyl- und Zulassungspolitik lösen zu wollen, ist ein falscher, da äusserst kurzfristig veranlagter Ansatz. Sosf lehnt deshalb die aktive

Rückkehrförderung als Konzept zur Migrationskontrolle ab und zweifelt die Wirksamkeit erhöhter Bezugsmöglichkeiten im beabsichtigten Sinn stark an.

### Keine Bemerkungen

SODK

### Vorschläge

**GE:** est d'avis que, contrairement à ce qui est proposé à l'alinéa 4, l'indemnité de départ devrait pouvoir être cumulée avec l'indemnité de voyage.

**SZ, VD** (sinngemäss), **Caritas:** Personen, die sich gestützt auf Artikel 64 Absatz 1 Bst. b und d AsylV 2 wegen massiver Straftaten oder umfangreicher eigener Vermögenswerte von der Rückkehrhilfe ausgeschlossen sind, sollen jedoch weiterhin von einem Ausreisegeld ausgeschlossen werden.

**SG:** Es ist indessen darauf zu verzichten, dass die Kantone jeweils einen begründeten Antrag um Ausrichtung der Ausreisegelder einreichen müssen. Die in Absatz 3 aufgeführten Kriterien, die durch die Kantone darzulegen sind, sind beim BFM ebenfalls dokumentiert und jederzeit über ZEMIS abrufbar. SG schlägt daher vor, Artikel 59 a<sup>bis</sup> Absatz 3 Satz 1 AsylV 2 wie folgt anzupassen: *"Das BFM entscheidet auf formlosen Antrag der Kantone über die Ausrichtung des Ausreisegeldes. Hierfür sind folgende Voraussetzungen notwendig:"*

### **3.5 Artikel 59a<sup>ter</sup> : Ausreisegespräch (neu)**

*Art. 59a<sup>ter</sup> Ausreisegespräch (neu)*

<sup>1</sup> Im Ausreisegespräch werden Personen, die sich gestützt auf Artikel 75 - 78 AuG in Haft befinden, über ihre Rückkehrperspektiven sowie über die Möglichkeit zur Ausrichtung des Reise- oder Ausreisegeldes informiert.

<sup>2</sup> Das BFM kann mit den Kantonen oder Dritten Leistungsvereinbarungen über die Durchführung von Ausreisegesprächen abschliessen.

### Zustimmung

**Kantone:** AI, AR, BE, BS, BL, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SZ (eher zustimmend), TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, CP, EKM, FIMM, FMH, IOM, SFH, SGV, SRK, SGB, SSV, TS, UNHCR, VKM

**BS:** Eine Beteiligung des Bundes an den Lohnkosten von qualifiziertem Beratungspersonal für die Ausreisegespräche müsste den Kantonen im Rahmen der Rückkehrhilfe (Artikel 68 Absatz 3 AsylV 2) angepasst vergütet werden.

**ZH:** Positiv zu beurteilen ist die Einführung eines Ausreisegesprächs mit Personen in Administrativhaft sowie die Möglichkeit des Bundes, mit den Kantonen oder Dritten Absprachen zur Durchführung von zusätzlichen Aufgaben im Rückkehrhilfebereich zu treffen (Artikel 68a AsylV 2), die nicht unter die Rückkehrberatung fallen.

**SH:** Es ist nicht klar ersichtlich, ob und inwieweit die Kantone über Spielraum beim Abschluss einer entsprechenden Leistungsvereinbarung verfügen bzw. den Abschluss einer solchen auch verweigern könnten. Der neue Artikel 59a<sup>ter</sup> AsylV 2 darf jedenfalls keine Grundlage dafür bieten, den Kantonen das Führen von Ausreisegesprächen ohne vollumfängliche Entschädigung aufzuzwingen.

**SFH, Caritas** (sinngemäss): hat wiederholt darauf hingewiesen, dass Rückkehrberatung möglichst nicht durch Stellen erbracht werden sollte, die den Vollzugsbehörden angegliedert sind. SFH geht davon aus, dass eine unabhängige Rückkehrberatung von den Betroffenen besser akzeptiert werden kann.

**SZ:** befürwortet das Ausreisegespräch grundsätzlich. Von einem solchen sollen diejenigen Personen ausgenommen werden, die entweder wegen eines Verbrechens verurteilt wurden oder wegen Bedrohung oder Gefährdung strafrechtlich belangt worden sind.

**UNHCR:** begrüsst, dass analog der Rückkehrberatung künftig in der Administrativhaft Ausreisegespräche angeboten werden können, da Änderungen die es ermöglichen, dass Personen nicht unter Anwendung von Zwang ausgeschafft werden müssen, dazu beitragen können, dass auch Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten, in Sicherheit und Würde zurückkehren können. Oft hilft eine individuelle Beratung oder ein individuelles Gespräch dabei, dass sich der Entschluss selbständig auszureisen durchsetzen kann. Ein solcher Ansatz kann auch dazu beitragen, den Start nach der Rückkehr ins Herkunftsland zu erleichtern. In Bezug auf die vorgeschlagenen Leistungsvereinbarungen möchte UNHCR die Schweiz dazu auffordern, sicherzustellen, dass solche Vereinbarungen Vorgaben enthalten bezüglich der Ausbildung der mit den Ausreisegesprächen befassten Personen. So sollten diese insbesondere Expertise nicht nur in Bezug auf die Rückkehrmodalitäten haben, sondern auch in Bezug auf mögliche Schutzbedenken.

### **Ablehnung**

**Kantone:** AG, OW, SO, TG

**Parteien:** SVP

**Interessierte Kreise:** Sospf

**Sospf:** Die Einführung eines Ausreisegesprächs während der Administrativhaft stellt hierbei eine der kritischsten Änderungen dar. Obgleich dessen Durchführung möglicherweise durch Dritte (und somit Vertreter -innen von NGO's, wie schon beim System der Rückkehrberatung) übernommen wird, haben dieselben z.B. keinerlei Entscheidkompetenz über die tatsächliche Gewährung des Reise- oder Ausreisegeldes.

### **Keine Bemerkungen**

SODK

### **Vorschläge**

**BS:** Eine Beteiligung des Bundes an den Lohnkosten von qualifiziertem Beratungspersonal für die Ausreisegespräche müsste den Kantonen im Rahmen der Rückkehrhilfe (Artikel 68 Absatz 3 AsylV 2) angepasst vergütet werden.

**UR:** Das Ausreisegespräch soll bereits im Rahmen der Hafteröffnung erfolgen, wobei davon ausgegangen wird, dass die rechtsstaatliche Prüfung gewährleistet bleibt. Mit dem frühzeitigen Ausreisegespräch kann erreicht werden, dass die Vollzugsbehörden nicht noch mehr Aufwand in Kauf nehmen müssen, indem sie beispielsweise den Dolmetscherdienst zweimal aufbieten müssen.

## **3.6 Artikel 68a : Bundesbeiträge für Zusatzaufgaben**

### *Art. 68a Bundesbeiträge für Zusatzaufgaben*

<sup>1</sup> Das BFM kann mit den Kantonen oder Dritten Absprachen zur Durchführung von zusätzlichen Aufgaben treffen, die nicht unter Artikel 66 fallen.

<sup>2</sup> Diese Zusatzaufgaben beinhalten namentlich die Durchführung spezifischer Umfragen, Beratungs- und Informationstätigkeiten sowie Aufgaben, die besondere Fachkenntnisse voraussetzen.

<sup>3</sup> Die Durchführung dieser Zusatzaufgaben und die finanzielle Abgeltung werden im Rahmen der Absprachen zwischen dem BFM und den Kantonen oder den Dritten geregelt.

<sup>4</sup> Die Kantone oder Dritte können dem BFM Projekte unterbreiten, die unter die Absätze 1 und 2 fallen. Dieses äussert sich zur Zweckmässigkeit des Projektes und entscheidet über dessen Finanzierung.

### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG (eher zustimmend), SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP (eher zustimmend)

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, CP, FMH, SFH, SGV, SRK, SSV, TS, EKM, UNHCR, VKM

**SZ:** erachtet als wichtig, dass eine konsequente Erfolgskontrolle stattfindet.

**VD:** souhaite que l'ODM ne conclue d'éventuels contrats de prestations avec des tiers qu'avec l'accord des cantons concernés afin de tenir compte des spécificités d'organisation de chaque canton, et notamment de permettre à un canton de se voir confier certaines tâches s'il le souhaite, plutôt que de les attribuer à des tiers.

**ZH:** begrüsst die Möglichkeit des Bundes, mit den Kantonen oder Dritten Absprachen zur Durchführung von zusätzlichen Aufgaben im Rückkehrhilfebereich zu treffen, die nicht unter die Rückkehrberatung fallen.

**SVP:** Die kantonalen Rückkehrberatungsstellen führen bereits heute Beratungs- und Informationstätigkeiten für Personen des Asylbereichs durch. Ein allenfalls erforderlicher Ausbau ist den kantonalen Rückkehrberatungsstellen zu übertragen und zusätzlich abzugelten. Dies macht auch insofern Sinn, als dass diese mit den Dossiers vertraut sind und die entsprechende Übersicht haben. Eine Auslagerung von Rückkehrberatungsaufgaben an Dritte würde die Kosten für die Rückkehrberatung weiter und bedeutend erhöhen.

#### Keine Bemerkungen

IOM, FIMM, SGB, SODK, Sosp

#### Vorschläge

**SG:** Die Entschädigungsfrage ist nicht geregelt. Wir beantragen, dass konkret erwähnt wird, wie hoch die Entschädigung im Rahmen dieser Leistungsvereinbarung sein wird, und schlagen vor, sich dabei an die Regelung in Artikel 68 AsylV 2 (Bundesbeiträge für die Rückkehrberatung) anzulehnen, d.h. die Verwaltungs- und Personalkosten müssen durch eine Pauschale gedeckt sein.

### **3.7 Artikel 74 : Ausrichtung**

*Art. 74 Abs. 4 und 5*

<sup>4</sup> Die materielle Zusatzhilfe wird grundsätzlich im Wert bis höchstens 3000 Franken pro Person oder Familie gewährt. Das BFM kann für Personen mit besonderen persönlichen, sozialen oder beruflichen Reintegrationsbedürfnissen im Zielstaat die materielle Zusatzhilfe bis auf maximal 5000 Franken erhöhen.

<sup>5</sup> Bei Härtefällen, insbesondere bei Personen, die aufgrund ihrer familiären Situation, ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes als verletzlich zu betrachten sind, kann die materielle Zusatzhilfe gewährt werden, auch wenn sie sich weniger als drei Monate in der Schweiz aufhalten.

#### Zustimmung

**Kantone:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, CP, FIMM, FMH, SFH, SGV, Sosp, SRK, SSV, TS, IOM, SGB, EKM, UNHCR, VKM

**SZ, SFH, SSV, Caritas:** begrüssen die Flexibilisierung der individuellen Rückkehrhilfe. Dem Einzelfall kann so vermehrt Rechnung getragen werden.

**SH:** allerdings ist bei der Ausrichtung von Rückkehrhilfebeträgen im Asylbereich immer auch die Tatsache im Auge zu behalten, dass solche finanziellen Leistungen dazu führen können, dass die Schweiz als Asylsland attraktiver wird (Gefahr der Fehlanreize). Rückkehrhilfen dürfen in keinem Fall die Kosten übersteigen, die potenzielle Asylsuchende für eine Reise in

die Schweiz aufwenden müssen. Die recht hohen Beträge, die in den Artikeln 59a<sup>bis</sup> Absatz 1 und Artikel 74 Absätze 4 und 5 AsylV 2 vorgesehen werden, sind deshalb mit der gebotenen Zurückhaltung zu gewähren.

### **Ablehnung**

**Kantone:** GR

**Parteien:** SVP

**GR, SVP:** erachten die erweiterte Ausrichtung von Rückkehrhilfeleistungen in verschiedener Hinsicht als problematisch. Es kann nicht die Aufgabe des Bundes bzw. des Bundesamtes für Migration sein, Personen aus dem Asylbereich während oder nach zum Teil sehr aufwändigen und kostspieligen Asylverfahren kumulativ die berufliche Integration und Mietzahlungen/Renovationen zu finanzieren sowie die Herkunftsstaaten aus der Pflicht zu nehmen. Eine Ausweitung derartiger Leistungen wird als nicht zielführend erachtet. Vielmehr sollen diese Leistungen in einzelne Entwicklungsprojekte integriert werden. Die heute bestehende Formulierung des Artikels 74 soll deshalb nicht geändert werden.

### **Keine Bemerkungen**

SODK

### **Vorschläge**

**IOM:** begrüsst diesen Artikel und möchte anregen, dass man eine grössere Unterscheidung zwischen Einzelpersonen und Familien macht und die Zusatzhilfe ggf. für Familien noch erhöht. Die Erfahrung zeigt, dass gerade für Familien die in Hochpreisländer (bspw. Nigeria, Angola, Irak) zurückkehren, die jetzige Rückkehrhilfe nicht ausreichend ist. Die Aufstockung auf 5'000 Franken ist sehr zu begrüssen, aber bei grösseren Familien wird auch das nicht immer ausreichend sein, um die soziale und berufliche Reintegration zu gewährleisten, da es kaum möglich ist, Schulgeld, Wohnung und ein Kleinstprojekt für eine mehrköpfige Familie mit 5'000 Franken abzudecken.

**SRK:** regt an, um die Wirksamkeit dieser Unterstützung zu erhöhen, dass die Bemessung und Ausrichtung dieser Zusatzhilfe erst nach der Rückkehr in das Herkunftsland erfolgt (entsprechende Ergänzung des Artikels).

## **3.8 Artikel 74a : Verhältnis zu den Ausreisekosten**

*Art. 74a Abs. 1*

*Aufgehoben*

### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, CP, EKM, FIMM, FMH, IOM, SFH, SGB, SGV, Sosp, SRK, SSV, TS, UNHCR, VKM

**SFH:** begrüsst, dass der Bund neu die Kosten für die Gepäckbeförderung auch bei Personen vergütet, welche mit Rückkehrhilfe ausreisen (nArt. 59 Absatz 1 lit. c AsylV 2).

### **Ablehnung**

**Kantone:** GR

**Parteien:** SVP

**GR:** Eine mögliche generelle Ausweitung der bestehenden umfangreichen Rückkehrhilfeleistungen, welche bereits nach einem kurzfristigen Aufenthalt in der Schweiz in Anspruch genommen werden können, wird abgelehnt. Die Ausweitung der bestehenden

Leistungen wird die Attraktivität der Schweiz als Asyl- bzw. Einwanderungsland zusätzlich steigern, was kontraproduktiv ist. Die heutige Formulierung von Artikel 59 Absatz 1 lit. c sowie auch von Artikel 74a Absatz 1 ist deshalb beizubehalten.

### **Keine Bemerkungen**

SODK

### **3.9 Artikel 76 : Ausreise in einen Drittstaat**

*Art. 76 Abs. 2 (ergänzt)*

<sup>2</sup> Keine individuelle Rückkehrhilfe wird gewährt, wenn die betroffene Person in einen EU- oder EFTA-Staat oder in einen Drittstaat, wie der USA, Kanada oder Australien, weiterreist sowie für Staatsangehörige aus diesen Staaten.

### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, SFH, SRK, SSV, UNHCR, VKM

### **Keine Bemerkungen**

CP, EKM, FIMM, FMH, IOM, SGB, SGV, SODK, Sosf, TS

### **3.10 Artikel 76a : Ausreise in einen visumsbefreiten Staat (neu)**

*Art. 76a Ausreise in einen visumsbefreiten Staat (neu)*

<sup>1</sup> Von der individuellen und medizinischen Rückkehrhilfe sowie von der materiellen Zusatzhilfe ausgeschlossen sind:

- a. Staatsangehörige aus Staaten, die für einen Aufenthalt bis zu drei Monaten von der Visumspflicht befreit sind;
- b. Personen, die in einen Staat nach Buchstabe a weiterreisen.

<sup>2</sup> Für Personen mit besonderen persönlichen, sozialen oder beruflichen Reintegrationsbedürfnissen im Zielstaat kann das BFM Ausnahmen gewähren.

### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, IOM, SRK, SSV, UNCHR, VKM

**GE:** préconise une application souple des exceptions prévues à l'alinéa 2.

**SRK:** mit der in Absatz 2 erwähnten Ausnahme ist der Ausschluss in Absatz 1 zulässig und nachvollziehbar.

**UNHCR:** es sollte sichergestellt sein, dass bei vorliegendem Schutzbedarf keine frühzeitige Orientierung auf eine Rückkehr gelegt wird und andere Möglichkeiten, wie die vorläufige Aufnahme, nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

### **Ablehnung**

**Interessierte Kreise:** SFH (eher ablehnend)

**SFH:** Statt eines generellen Ausschlusses mit Ausnahmen nur in Spezialfällen wäre eine umgekehrte Regelung zu bevorzugen: Grundsätzlich ist Rückkehrhilfe auch für Personen aus visumsbefreiten Staaten möglich, ausser wenn dies offensichtlich nicht notwendig oder angemessen wäre. Diese Regelung würde die Verhältnismässigkeit wahren und es genauso ermöglichen, auf Missbrauchsfälle zu reagieren.

#### **Keine Bemerkungen**

CP, EKM, FIMM, FMH, SGB, SGV, SODK, Sosf, TS

#### **Vorschläge**

**IOM:** möchte anregen, dass die medizinische Rückkehrhilfe nicht von der Tatsache abhängig gemacht wird, ob ein Asylsuchender aus einem visumsbefreiten Land kommt oder nicht. Medizinische Rückkehrhilfe sollte allen Rückkehrenden, die diese benötigen, gewährt werden.

### **4. Änderung der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA)**

#### **4.1 Artikel 18 : Integrationspauschale**

*Art. 18 Abs. 2*

*Aufgehoben*

#### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI, AR, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, NE, NW, OW, SH, SO, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, CP, EKM, FIMM (eher zustimmend), SFH, SGV, SODK, Sosf (eher zustimmend), SRK, SSV, TS, UNHCR, VKM

**BS, ZH:** Die Integrationspauschale sollte erhöht werden, da insbesondere Arbeitsintegrationsprogramme teuer sind.

#### **Ablehnung**

**Kantone:** BE, LU, SG

**Parteien:** FDP (eher ablehnend)

**Interessierte Kreise:** SGB

**BE, LU, SG, FDP:** Die erfolgreiche Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sollte weiterhin entsprechend honoriert werden.

#### **Keine Bemerkungen**

SZ, FMH, IOM,

#### **Vorschläge**

**EKM, Sosf, UNHCR:** Angesichts der festgestellten Fehlanreize ist allerdings fraglich, ob die geplante Aufhebung von Artikel 18 Absatz 2 VIntA ausreicht, um die diese zu korrigieren, oder ob es nicht weiterer Massnahmen bedürfte.

**SGB, Sosf:** es sollte eine breiter angelegte Reflexion und Diskussion über tatsächlich integrationsfördernde Massnahmen stattfinden, (SGB) afin de mieux pouvoir valoriser et surtout diffuser les plus efficaces d'entre elles à l'ensemble des cantons.

## 5. Änderung der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)

### 5.1 Artikel 11 : Flughafendienst und Dienstleistungen am Flughafen

*Art. 11 Sachüberschrift, Abs. 2, Abs. 3 und 4 (neu)*

#### *Flughafendienst und Dienstleistungen am Flughafen*

<sup>2</sup> Das BFM kann mit den zuständigen Behörden der Flughafenkantone oder Dritten Vereinbarungen über die Führung des Betriebs am Flughafen abschliessen. Dazu gehören namentlich der Empfang von Personen am Flughafen und die polizeiliche Zuführung von Personen zum Flugzeug. Dienstleistungen, welche die zuständigen Behörden am Flughafen und Dritte im Auftrag des BFM erbringen, werden direkt mit diesen abgerechnet.

<sup>3</sup> Für den Empfang am Flughafen und die polizeiliche Zuführung zum Flugzeug vergütet der Bund die folgenden Pauschalen pro Person:

- a. für Linienflüge 300 Franken;
- b. für Sonderflüge in Dritt- und Herkunftsstaaten 1200 Franken.

<sup>4</sup> Das BFM stellt die medizinische Begleitung sicher:

- a. auf allen Sonderflügen für sämtliche rückzuführenden Personen. Für Personen aus dem Ausländerbereich beteiligen sich die Kantone anteilmässig an diesen Kosten;
- b. auf Linienflügen für die in Artikel 92 Absatz 2 AsylG aufgeführten Personenkategorien, sofern diese notwendig ist.

#### **Zustimmung:**

**Kantone:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, CP, EKM, FMH, SFH, SGV, SRK, SSV, UNHCR, VKM

Les cantons saluent l'indemnisation des services de police aéroportuaires lorsqu'il s'agit de préparer le rapatriement de personnes tant sur les vols de ligne que sur les vols spéciaux. Ils saluent tout spécialement la mise à disposition par l'ODM d'un accompagnement médical systématique lors de rapatriements sur vols spéciaux et, en cas de besoin, lors de rapatriements par vols de ligne.

#### **Ablehnung:**

**Interessierte Kreise:** Sosf

**Sosf:** stellt sich seit je her grundsätzlich gegen jegliche Art von Zwangsmassnahmen im Asyl- und Ausländerbereich.

#### **Keine Bemerkungen:**

IOM, FIMM, SGB, SODK, TS

#### **Vorschläge**

**BE, ZH:** ersuchen um Anpassung von Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung. Die Kosten für den Empfang am Flughafen und die polizeiliche Zuführung zum Flugzeug sind höher als 300 Franken bzw. 1'200 Franken pro Person.

**TI:** verlangt für die Pauschale für Linienflüge einen Betrag von 350 Franken.

**SP:** findet es essentiell, dass die medizinische Begleitung auf Sonderflügen so ausgestaltet ist, dass das Risiko medizinischer Zwischenfälle so klein wie möglich gehalten werden kann. Es ist deshalb wichtig, dass die Begleitung schon deutlich vor dem Abheben des Flugzeuges beginnt. Artikel 11 Absatz 4 WWA sollte deshalb lauten: „Das BFM stellt die medizinische Voruntersuchung und Begleitung sicher.“

## 5.2 Artikel 15 : Beteiligung an den Haftkosten

*Art. 15 Abs. 2*

Das BFM kann mit den Justiz- und Sicherheitsbehörden der Kantone Verwaltungsvereinbarungen über den Vollzug der Haft nach Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 5 AuG abschliessen.

### **Zustimmung:**

**Kantone:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, SFH, SRK, SSV, UNHCR, VKM

Eine Mehrheit der Kantone ist der Meinung, dass hier genauer definiert werden sollte, wie hoch die Abgeltung des Bundes an die Kantone ist, wenn der Kanton dem Bund Haftplätze zur Verfügung stellt. Heute werden die Kantone mit einer Haftpauschale von 140 Franken pro Tag entschädigt, was kaum kostendeckend ist.

**AI, OW, SO:** sont en outre d'avis que si la Confédération souhaite exploiter des places de détention administratives dans les cantons en vue du renvoi depuis les centres d'enregistrement, elle devra discuter l'exploitation (ou location) de celles-ci à un prix plus proche des frais d'exploitation réels, soit d'au moins 200 francs par jour.

### **Ablehnung:**

**Interessierte Kreise:** FIMM, Sosp

**FIMM:** Zwangsausschaffungen sind erstens menschenrechtlich höchst bedenklich und zweitens für die betroffenen Person auch gefährlich.

**Sosp:** stellt sich seit je her grundsätzlich gegen jegliche Art von Zwangsmassnahmen im Asyl- und Ausländerbereich. Dass sich das BFM nun künftig stärker an den Haftkosten für Vorbereitungs-, Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft beteiligen wird, führt zu mehr Ausschaffungen jeglichen Levels (1, 2 und 4).

### **Keine Bemerkungen:**

CP, EKM, FMH, IOM, SGB, SGV, SODK, TS

### **Vorschläge**

**AR, BL, BS, FR, GE, GR, JU, NE, NW, SH, TI, UR, VD, ZG, ZH, SVP, VKM** erwarten eine signifikante Erhöhung der Bundespauschale pro Person und Tag als Beteiligung an den Haftkosten (Art. 15 Abs. 1 VVWA). Im erläuternden Bericht stellt der Bund fest, dass die Kosten für einen Administrativhaftplatz gemäss den Angaben der Kantone bei rund 200 Franken pro Tag liegen. Die Vernehmlassungsvorlage des Bundes sieht keine Erhöhung der Haftpauschale für die Kantone vor, obwohl der Bund sich im Klaren darüber ist, dass die aktuelle Pauschale von 140 Franken nicht kostendeckend ist.

**SG, TG:** demandent que l'indemnisation des frais de détention par la Confédération soit à l'avenir à hauteur des frais d'exploitation réels. **SG** propose que le texte soit complété par la phrase suivante "...die finanzielle Abgeltung richtet sich nach den effektiven Kosten, welche dem Kanton in der entsprechenden Haftanstalt entstehen".

### 5.3 Artikel 15a : Datenerhebung im Bereich der Zwangsmassnahmen

*Art. 15a Bst. g (neu)*

Die zuständigen kantonalen Ausländerbehörden übermitteln dem BFM folgende Daten über Festhalte- und Haftanordnungen nach den Artikeln 73 und 75–78 AuG im Asyl- und Ausländerbereich:

g. bei Minderjährigen: Angabe, ob eine Rechtsvertretung eingesetzt wurde und ob vormundschaftliche Massnahmen getroffen wurden.

#### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH

**Parteien:** MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** Caritas, chgemeinden, IOM, SFH, SRK, SSV, TS, UNHCR, VKM

**ZH, SFH, SSV, TS:** begrüßen die Bestärkung der Kinderrechte von in Administrativhaft versetzten Minderjährigen und dient dem Kindeswohl.

**GE:** salue la proposition qui impose aux cantons d'indiquer à l'ODM pour les mineurs détenus en mesures de contrainte si une représentation légale a été instituée et si des mesures tutélaires ont été prises ; cela étant, la loi cantonale genevoise d'application de la loi fédérale sur les étrangers interdit le placement de mineurs en détention administrative.

**IOM:** möchte allerdings darauf hinweisen, dass Administrativhaft für Minderjährige laut Kinderrechtskonvention der UNO, die die Schweiz 1991 unterzeichnet hat, generell vermieden werden muss und nur in Ausnahmefällen als letztes Mittel für eine so kurz wie mögliche Zeitspanne eingesetzt werden soll, da Administrativhaft allgemein nicht mit dem Kindeswohl vereinbar ist (Kinderrechtskonvention, Art. 37b). Ausserdem sollten Minderjährige getrennt von Erwachsenen untergebracht werden, ausser es ist dem Kindeswohl zuträglich (Art. 37c).

**UNHCR:** begrüsst die vorgesehene Übermittlungspflicht zu den getroffenen vormundschaftlichen Massnahmen und der Rechtsvertretung von unbegleiteten Kindern im Bereich der Festhalte- und Haftanordnungen. Diese Massnahme kann dazu beitragen, dass sichergestellt wird, dass unbegleitete Kinder von der gesetzlich vorgesehenen Rechtsvertretung profitieren und die eine Vormundschaft oder Beistandschaft erhalten, wenn sie inhaftiert werden sollen. UNHCR weist daraufhin, dass grundsätzlich allen unbegleiteten Kindern eine Rechtsvertretung und ein Vormund – unabhängig von eventuellen Festhalte- und Haftanordnungen - zugewiesen werden sollte. Zudem spricht sich UNHCR generell gegen die Inhaftierung von Kindern aus dem Asylbereich aus, da dies regelmässig nicht dem Kindeswohl entspricht.

#### **Ablehnung**

**Kantone:** LU (eher ablehnend)

**Parteien:** FDP

**Interessierte Kreise:** FIMM, Sosp

**LU:** erachtet als fraglich, ob diese Massnahme tatsächlich der Verwirklichung der Kinderrechte dient. Der Vollzug der Ausländergesetzgebung obliegt den Kantonen. Ihre Aufgabe ist es, die Rechtsvertretung und allfällige vormundschaftliche Massnahmen im Zusammenhang mit Minderjährigen sicherzustellen. Eine Meldepflicht ändert daran nichts. Sie erhöht aber den bereits jetzt sehr grossen administrativen Aufwand der kantonalen Ausländerbehörden und schränkt deren Einsatzmöglichkeiten im Rahmen des Gesetzesvollzugs für die betroffenen Menschen weiter ein. Wir finden es wichtig, die Datenerhebung im Zentralen Ausländersystem auf das zwingend Notwendige zu beschränken.

**FDP:** comprend l'importance de respecter le droit des enfants mais estime, néanmoins, que les mesures proposées obligeraient les services cantonaux compétents à réaliser complète-

ment ces mesures. Sans douter du bien-fondé de la proposition, il lui semble qu'elle est inefficace au vu de l'augmentation de l'investissement cantonal nécessaire à sa réalisation.

**FIMM:** Zwangsausschaffungen sind erstens menschenrechtlich höchst bedenklich und zweitens für die betroffenen Person auch gefährlich: Sie können grosse körperliche oder psychische Schäden hervorrufen – oder gar zum Tod der betroffenen Person führen. Aus diesem Grund lehnt das FIMM Schweiz die Praxis der Zwangsausschaffungen per se ab.

**Sosf:** stellt sich seit je her grundsätzlich gegen jegliche Art von Zwangsmassnahmen im Asyl- und Ausländerbereich.

### **Keine Bemerkungen**

CP, EKM, FMH, SGB, SGV, SODK

### **Vorschläge**

**SRK:** möchte anregen, dass diese Daten jährlich veröffentlicht werden.

## **6. Übergangsbestimmungen der AsylV2**

II

*Übergangsbestimmungen zur Änderung vom ...*

1. Für die Berechnung der Höhe der Pauschalen nach Artikel 22, Artikel 23 Absatz 3 und Artikel 26 im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnungsänderung ist die Teuerung bis zum Indexstand vom 31. Oktober 2012 aufzurechnen.

2. Die Berechnung, die Ausrichtung sowie die Nach- und Rückzahlungen der Pauschalen nach den Artikeln 20 bis 27 für die Zeit vor Inkrafttreten dieser Verordnungsänderung richten sich nach dem alten Recht.

### **Zustimmung**

**Kantone:** AG, AI, AR, BL, BS, FR, GL, GR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, UR, VS, ZG, ZH

**Parteien:** FDP, MCR, SP, SVP

**Interessierte Kreise:** chgemeinden, SODK

### **Ablehnung**

**Kantone:** BE, GE, JU, NE, TI (eher ablehnend), VD

**Interessierte Kreise:** SSV

### **Keine Bemerkungen**

Caritas, CP, EKM, FIMM, FMH, IOM, SFH, SGB, SGV, Sosf, SRK, TS, UNHCR, VKM

### **Vorschläge**

**SODK:** siehe unten Ziff. 7.

## **7. Inkrafttreten der Änderung der AsylV2, der VIntA und der VVWA**

Mit die Übergangsbestimmungen der AsylV2 (siehe Ziff. 6) wird statuiert, dass die vom 1. November 2008 (LIK-Basis der im Verordnungsentwurf aufgeführten Monats-Globalpauschalen: 31. Oktober 2008) bis zum 31. Oktober 2012 aufgelaufene Teuerung für die im Jahr 2013 auszubehandelnden Subventionen berücksichtigt wird.

Nach der SODK, hat die Inkraftsetzung des neuen Finanzierungssystems zwingend auf den Beginn eines Kalenderjahres zu erfolgen.